Stand: 06.10.2026 14:16:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11613

"Corona-Infektionszahlen in Bayern weiter senken - notwendige Maßnahmen ergreifen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/11613 vom 27.11.2020
2. Beschluss des Plenums 18/11633 vom 27.11.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 27.11.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.11.2020 **Drucksache** 18/**11613**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Markus Blume, Alfons Brandl, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Thomas Huber, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Corona-Infektionszahlen in Bayern weiter senken – notwendige Maßnahmen ergreifen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Wintermonate sind in der Bekämpfung der Corona-Pandemie eine besonders große Herausforderung. Hinzu kommt, dass Bayern an Nachbarländer angrenzt, die aktuell mit sehr hohen Infektionszahlen kämpfen. Daher müssen in Bayern weiterhin mit Vorsicht und Umsicht die notwendigen und zielgenauen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus getroffen werden.

Die bisherigen Maßnahmen zur Reduzierung von Kontakten, der sog. Lockdown light, zeigen bereits Wirkung. Das exponentielle Infektionsgeschehen konnte abgeflacht werden. Das ist vor allem der großen Solidarität und dem besonnenen Verhalten der Bürgerinnen und Bürger zu verdanken, die die Maßnahmen trotz der damit verbundenen tiefen Einschnitte im alltäglichen Leben mittragen. Durch diese Einsatzbereitschaft und Eigenverantwortung und das Vertrauen in die Maßnahmen ist bislang viel erreicht worden.

Der Landtag stellt jedoch fest, dass die Infektionszahlen nach wie vor auf zu hohem Niveau verharren. Die Lage bleibt ernst. Daher bedarf es weiterer, entschlossener Maßnahmen, um die Zahl der Neuinfektionen weiter zu senken und eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Gerade im Hinblick auf die Weihnachtsfeiertage, die traditionell im Zeichen von Familie und Freunden stehen, müssen jetzt die Corona-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Infektionszahlen effektiv gesenkt werden, damit die Menschen in Bayern auch in Zeiten von Corona ein möglichst schönes Weihnachtsfest feiern können.

Dabei ist es wichtig, dass alle Maßnahmen wirksam und zugleich so ausgewogen sind, dass die Freiheit und die Grundrechte der Menschen nicht über das unbedingt erforderliche Maß hinaus eingeschränkt werden.

Der Landtag begrüßt die Beschlüsse der Ministerpräsidentinnen, Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin vom 25. November 2020.

Der Landtag unterstreicht die Wichtigkeit der von der Staatsregierung benannten Ziele „Verlängern – Vertiefen – Hotspot-Strategie – Helfen“. Er unterstützt die von der Staatsregierung am 26. November 2020 beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung dieser gemeinsamen Strategie, aber auch die weiteren konsequenten Schritte, die Bayern vor allem in regionalen Hotspots gehen wird, insbesondere:

– Die Verlängerung der aktuell geltenden Maßnahmen zunächst bis zum 20. Dezember 2020.

– Die Ausweitung der Maskenpflicht vor Geschäften, auf frequentierten öffentlichen Plätzen und am Arbeitsplatz.

– Die Kontaktbeschränkung bei privaten Zusammenkünften auf den eigenen und einen weiteren Hausstand, jedoch in jedem Falle auf max. fünf Personen. Wichtig ist, dass dazugehörende Kinder bis 14 Jahre hiervon ausgenommen sind.

– Die Planungen für Zusammenkünfte innen und außen für die Weihnachtsfeiertage und Silvester, nach denen Treffen im engsten Familien- und Freundeskreis bis max. 10 Personen insgesamt (dazugehörende Kinder bis 14 Jahre sind hiervon ausgenommen) möglich sein sollen.

– Den früheren Beginn der schulischen Weihnachtsferien bereits am 19. Dezember 2020 und dass die Schulen weiterhin grundsätzlich offenbleiben sollen sowie die neuen Quarantäneregelungen, die Familien entlasten.

– Die Schließung der Angebote der Erwachsenenbildung nach dem Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz. Wichtig ist, dass digitale Angebote, die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit zugehörigen Prüfungen sowie Erste-Hilfe-Kurse und die Ausbildung von ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und des Technischen Hilfswerks hiervon nicht betroffen sind.

– Die Hotspot-Strategie für Regionen mit einer 7-Tage-Inzidenz größer 200, die beispielsweise Hybridunterricht an Schulen ab Jahrgangsstufe 8 (mit Ausnahme von Abschlussklassen und Förderschulen) und eine mögliche Entzerrung der Schülerverkehre vorsieht.

– Die Hotspot-Strategie für hochbetroffene Regionen mit einer 7-Tage-Inzidenz größer 300, die zusätzlich gezielten Reihentestungen mittels Antigen-Schnelltests, Ausgangsbeschränkungen und weitere Einschränkungen des Schulbetriebs möglich macht.

– Die Regelung zum kleinen Grenzverkehr, die eine Fahrt für bis zu 24 Stunden quarantänefrei ins Ausland bei triftigen Gründen, insbesondere Arbeit, Schule, Arztbesuche, familiäre Angelegenheiten, Geschäfte des täglichen Bedarfs, weiter möglich macht, aber zugleich die Risiken von Tagestouren für rein touristische und sportliche Zwecke vermeidet.

– Die gleichzeitig geschaffene, komplementäre Möglichkeit für Erleichterungen in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer Inzidenz von deutlich unter 50 an sieben aufeinanderfolgenden Tagen und einer sinkenden Tendenz.

– Die Bereitstellung eines kostenlosen Kontingents von insgesamt ca. 300 000 FFP2-Masken zum Schutz des Personals an den staatlichen und kommunalen Schulen sowie an den privaten Förderschulen.

– Die angekündigte schnelle Umsetzung der vom Bund angekündigten Unterstützungsprogramme für Bayerns Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze.

Der Landtag sieht diese Maßnahmen trotz der damit einhergehenden Belastungen als geeignet, erforderlich und verhältnismäßig an. Er trägt diese ausdrücklich mit.

Der Landtag bittet die Menschen in Bayern, in dieser Krise weiter zusammenzustehen und zum Schutz insbesondere der vulnerablen Bevölkerungsgruppen diese Maßnahmen gemeinsam umzusetzen. Er dankt der bayerischen Bevölkerung und insbesondere auch den vielen Frauen und Männer in unserem Gesundheitssystem, mit deren Hilfe die Coronakrise bisher sehr gut gemeistert werden konnte. Mit erfolgversprechenden Impfstoff-Kandidaten gibt es einen Hoffnungsschimmer am Horizont. Die Vorbereitung für einen zügigen Beginn der Impfungen nach Zulassung eines Impfstoffes laufen in Bayern auf Hochtouren, erste Impfzentren werden bereits Mitte Dezember startklar sein.

Jetzt gilt es, nochmals entschlossen und gemeinsam diese Wintermonate zu bestehen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.11.2020 **Drucksache** 18/**11633**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Markus Blume, Alfons Brandl, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Thomas Huber, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**11613**

Corona-Infektionszahlen in Bayern weiter senken – notwendige Maßnahmen ergreifen

Die Wintermonate sind in der Bekämpfung der Corona-Pandemie eine besonders große Herausforderung. Hinzu kommt, dass Bayern an Nachbarländer angrenzt, die aktuell mit sehr hohen Infektionszahlen kämpfen. Daher müssen in Bayern weiterhin mit Vorsicht und Umsicht die notwendigen und zielgenauen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus getroffen werden.

Die bisherigen Maßnahmen zur Reduzierung von Kontakten, der sog. Lockdown light, zeigen bereits Wirkung. Das exponentielle Infektionsgeschehen konnte abgeflacht werden. Das ist vor allem der großen Solidarität und dem besonnenen Verhalten der Bürgerinnen und Bürger zu verdanken, die die Maßnahmen trotz der damit verbundenen tiefen Einschnitte im alltäglichen Leben mittragen. Durch diese Einsatzbereitschaft und Eigenverantwortung und das Vertrauen in die Maßnahmen ist bislang viel erreicht worden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Der Landtag stellt jedoch fest, dass die Infektionszahlen nach wie vor auf zu hohem Niveau verharren. Die Lage bleibt ernst. Daher bedarf es weiterer, entschlossener Maßnahmen, um die Zahl der Neuinfektionen weiter zu senken und eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Gerade im Hinblick auf die Weihnachtsfeiertage, die traditionell im Zeichen von Familie und Freunden stehen, müssen jetzt die Corona-Infektionszahlen effektiv gesenkt werden, damit die Menschen in Bayern auch in Zeiten von Corona ein möglichst schönes Weihnachtsfest feiern können.

Dabei ist es wichtig, dass alle Maßnahmen wirksam und zugleich so ausgewogen sind, dass die Freiheit und die Grundrechte der Menschen nicht über das unbedingt erforderliche Maß hinaus eingeschränkt werden.

Der Landtag begrüßt die Beschlüsse der Ministerpräsidentinnen, Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin vom 25. November 2020.

Der Landtag unterstreicht die Wichtigkeit der von der Staatsregierung benannten Ziele „Verlängern – Vertiefen – Hotspot-Strategie – Helfen“. Er unterstützt die von der Staatsregierung am 26. November 2020 beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung dieser gemeinsamen Strategie, aber auch die weiteren konsequenten Schritte, die Bayern vor allem in regionalen Hotspots gehen wird, insbesondere:

– Die Verlängerung der aktuell geltenden Maßnahmen zunächst bis zum 20. Dezember 2020.

– Die Ausweitung der Maskenpflicht vor Geschäften, auf frequentierten öffentlichen Plätzen und am Arbeitsplatz.

– Die Kontaktbeschränkung bei privaten Zusammenkünften auf den eigenen und einen weiteren Hausstand, jedoch in jedem Falle auf max. fünf Personen. Wichtig ist, dass dazugehörende Kinder bis 14 Jahre hiervon ausgenommen sind.

– Die Planungen für Zusammenkünfte innen und außen für die Weihnachtsfeiertage und Silvester, nach denen Treffen im engsten Familien- und Freundeskreis bis max. 10 Personen insgesamt (dazugehörende Kinder bis 14 Jahre sind hiervon ausgenommen) möglich sein sollen.

– Den früheren Beginn der schulischen Weihnachtsferien bereits am 19. Dezember 2020 und dass die Schulen weiterhin grundsätzlich offenbleiben sollen sowie die neuen Quarantäneregelungen, die Familien entlasten.

– Die Schließung der Angebote der Erwachsenenbildung nach dem Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz. Wichtig ist, dass digitale Angebote, die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit zugehörigen Prüfungen sowie Erste-Hilfe-Kurse und die Ausbildung von ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und des Technischen Hilfswerks hiervon nicht betroffen sind.

– Die Hotspot-Strategie für Regionen mit einer 7-Tage-Inzidenz größer 200, die beispielsweise Hybridunterricht an Schulen ab Jahrgangsstufe 8 (mit Ausnahme von Abschlussklassen und Förderschulen) und eine mögliche Entzerrung der Schülerverkehre vorsieht.

– Die Hotspot-Strategie für hochbetroffene Regionen mit einer 7-Tage-Inzidenz größer 300, die zusätzlich gezielten Reihentestungen mittels Antigen-Schnelltests, Ausgangsbeschränkungen und weitere Einschränkungen des Schulbetriebs möglich macht.

– Die Regelung zum kleinen Grenzverkehr, die eine Fahrt für bis zu 24 Stunden quarantänefrei ins Ausland bei triftigen Gründen, insbesondere Arbeit, Schule, Arztbesuche, familiäre Angelegenheiten, Geschäfte des täglichen Bedarfs, weiter möglich macht, aber zugleich die Risiken von Tagestouren für rein touristische und sportliche Zwecke vermeidet.

– Die gleichzeitig geschaffene, komplementäre Möglichkeit für Erleichterungen in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer Inzidenz von deutlich unter 50 an sieben aufeinanderfolgenden Tagen und einer sinkenden Tendenz.

– Die Bereitstellung eines kostenlosen Kontingents von insgesamt ca. 300 000 FFP2-Masken zum Schutz des Personals an den staatlichen und kommunalen Schulen sowie an den privaten Förderschulen.

– Die angekündigte schnelle Umsetzung der vom Bund angekündigten Unterstützungsprogramme für Bayerns Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze.

Der Landtag sieht diese Maßnahmen trotz der damit einhergehenden Belastungen als geeignet, erforderlich und verhältnismäßig an. Er trägt diese ausdrücklich mit.

Der Landtag bittet die Menschen in Bayern, in dieser Krise weiter zusammenzustehen und zum Schutz insbesondere der vulnerablen Bevölkerungsgruppen diese Maßnahmen gemeinsam umzusetzen. Er dankt der bayerischen Bevölkerung und insbesondere auch den vielen Frauen und Männern in unserem Gesundheitssystem, mit deren Hilfe die Coronakrise bisher sehr gut gemeistert werden konnte. Mit erfolgversprechenden Impfstoff-Kandidaten gibt es einen Hoffnungsschimmer am Horizont. Die Vorbereitung für einen zügigen Beginn der Impfungen nach Zulassung eines Impfstoffes laufen in Bayern auf Hochtouren, erste Impfzentren werden bereits Mitte Dezember startklar sein.

Jetzt gilt es, nochmals entschlossen und gemeinsam diese Wintermonate zu bestehen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Markus Plenk
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Toni Schuberl
Abg. Jürgen Mistol
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Dr. Anne Cyron
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Petra Högl
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Christoph Maier
Abg. Dr. Marcel Huber

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Corona-Infektionszahlen in Bayern weiter senken - notwendige Maßnahmen ergreifen (Drs. 18/11613)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit Umsicht und Zuversicht durch den Winter (Drs. 18/11614)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Schnelle Lösungen anbieten - Förderung von mobilen Raumluftreinigern mit HEPA-Filter für alle Arten von Klassen- und Fachräumen an Schulen in Bayern (Drs. 18/11615)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Winterfahrplan zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in Bayern - solidarisch, entschlossen, verlässlich! (Drs. 18/11616)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Strategisch Testen - Bayerisches Corona-Testkonzept zielgerichtet ausgestalten - Massentests durchführen (Drs. 18/11617)

Vorweg weise ich darauf hin, dass sich die Gesamtredezeit der Fraktionen auf 68,5 Minuten verringert. Auf die CSU-Fraktion entfallen 17 Minuten, auf BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN 12, auf die FREIEN WÄHLER 10,5, auf die AfD-Fraktion 10, auf die SPD-Fraktion 10 und auf die FDP-Fraktion 9 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion und beträgt 17 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4,5 Minuten sprechen.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Bernhard Seidenath, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses, das Wort. Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER bringt es klar zum Ausdruck: Die Maßnahmen der Staatsregierung sind richtig. Wir stehen voll hinter diesen Maßnahmen.

Es geht darum, Menschenleben zu retten und die Grundrechte "Leben" und "Gesundheit" effektiv zu schützen. Wir sehen die Belastungen der Menschen, halten aber die Maßnahmen angesichts der Schwere der Bedrohung durch das Virus für geeignet, für erforderlich und auch für verhältnismäßig. Es geht darum, in dieser außergewöhnlichen Zeit zusammenzustehen. Der Gegner ist unsichtbar, aber er ist da. Er ist eine tödliche Gefahr. Vorgestern – wir haben es heute schon gehört – sind 83 Menschen in Bayern an Corona gestorben. Deutschlandweit waren es deutlich über 400 an einem

einzigen Tag. Der Ministerpräsident hat die Zahlen eingeordnet: Corona ist aktuell die dritthäufigste Todesursache in unserem Land. Bis Weihnachten werden in Deutschland deshalb wahrscheinlich rund 12.000 Menschen an Corona sterben. Eine Große Kreisstadt wie Dinkelsbühl wird damit durch Corona ausgelöscht.

Die Lage ist ernst. Die Lage ist dramatisch. Wir brauchen viel Disziplin, viel Rücksicht auf andere. Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen, sondern müssen auch an die Schwächeren in unserer Gesellschaft und an die gesamte Gesellschaft denken. Dies habe ich an dieser Stelle hier im Hohen Haus schon des Öfteren betont. Auch die Beschäftigten im Gesundheitssystem brauchen unsere Solidarität. Sie sind aktuell wieder dabei, Übermenschliches zu leisten – in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen oder in den Gesundheitsämtern. Auch sie müssen geschützt werden, und unser Gesundheitssystem muss insgesamt vor einer Überlastung geschützt werden. Deshalb sind die Maßnahmen, die die Staatsregierung getroffen hat, vollkommen richtig. Wir stehen hinter ihnen. Der Landtag bringt dies durch den Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, den wir nachher beschließen werden, zum Ausdruck.

Lassen Sie mich trotzdem darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass mir die zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft echte Sorgen macht. Die Fronten verhärten sich; der Ton wird schärfer. Oft fehlt die gemeinsame Gesprächsbasis, die am Anfang noch da war. Da war das Ziel auch klar: Wir müssen diese schwere Zeit überstehen und zusammenhalten. – Im Grunde hat sich daran nichts geändert. Nur gibt es nun einen gewissen Teil der Bevölkerung, der das Virus leugnet oder es als nicht so schlimm empfindet oder nur auf sich schaut und sagt: Mir wird schon nichts passieren, und wenn doch, dann halte ich das schon aus. – So können wir doch keine verantwortliche Politik machen! Da fehlt dann das gegenseitige Verständnis, der kleinste gemeinsame Nenner, auf den wir uns einigen könnten.

Die Staatsregierung handelt hier vollkommen richtig. In unserem Dringlichkeitsantrag haben wir alle Maßnahmen aufgeführt. Das Motto "Verlängern, vertiefen, helfen" ist richtig, ebenso die Hotspot-Strategie, die wir heute schon gehört haben.

Meine Damen und Herren, insgesamt lässt sich das Handeln des Freistaats in vier große Säulen einteilen. Die erste Säule ist die Präventionsstrategie, Ansteckungen gar nicht erst entstehen zu lassen: durch die Abstandsregel, durch die Händehygiene, durch die Mund-Nasen-Bedeckung, durch Lüften und durch die Corona-Warn-App. Prävention ist enorm wichtig – auch für das Immunsystem, das man stärken kann – eine Strategie, eine wichtige Säule unseres Handelns.

Die zweite Säule ist die Teststrategie. Wenn sich jemand infiziert hat, muss er früh identifiziert werden, müssen Infektionsketten unterbrochen werden, muss er als "Kontaktperson eins" aus dem Verkehr gezogen werden; er muss in Quarantäne. Er soll keine anderen mehr anstecken können. Das ist die Teststrategie, die uns viel Geld und viel Anstrengung kostet und die der Freistaat Bayern wie kein anderes Bundesland konsequent umsetzt und durchsetzt.

Dritte Säule: das Impfen. Das ist das Licht am Ende des Tunnels, das Licht am Horizont, das uns alle hoffen macht, dass wir Corona irgendwann überstanden haben: die Impfstrategie. Wir haben gehört, dass wir ab 15. Dezember vorbereitet sein werden, damit die Impfstoffe von Biontech und Pfizer und auch von AstraZeneca zu uns kommen können und geimpft werden kann – erst an vulnerable Gruppen in den Heimen, dann in den Krankenhäusern, dann an die Menschen, die dort arbeiten, an das Sicherheitspersonal, auch Feuerwehr und Polizei usw., damit wir sie schützen. Die Impfstrategie läuft. Die Staatsregierung ist vorbereitet, passt.

Die vierte große Säule – da schaue ich auch Tobias Reiß, Marcel Huber und Ilse Aigner an, die sich wahnsinnig dafür einsetzen – ist eine Therapiestrategie, dass wir Medikamente finden über Remdesivir hinaus. Der Ministerpräsident hat gesagt: So richtig schützt Remdesivir nicht. Dexamethason ist auch ein Medikament, das schon lange bekannt ist, aber in dem Fall nicht so richtig hilft. Wir brauchen potente Medikamente. Wir haben Spitzenforschung in Bayern. Wir haben ein hervorragendes medizinisches Cluster, das diese Medikamente erforschen kann. Auch da wollen wir anschieben. Da müssen wir anschieben, damit auch denen, die sich schon infiziert haben, wo eine

Impfung also nichts mehr hilft, geholfen werden kann. Vierte Säule also: die Therapiestrategie.

So ist dann Hoffnung da, Licht am Ende des Tunnels, durch den wir jetzt noch durch müssen, wahrscheinlich bis April oder Mai des nächsten Jahres, bis es dann endlich besser wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf die übrigen Dringlichkeitsanträge eingehen. Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN liest sich – das möchte ich eingestehen – zunächst staatstragend und verantwortlich. Wie aber die Rede Ihrer Fraktionsvorsitzenden heute gezeigt hat, ist der Antrag wie ein "Wolf im Schafspelz". Er liest sich eingangs zwar gut und vernünftig; aber hinterher kommt eine ganz harsche Oppositionsrede, viel Verdrossenheit und vor allem Unstimmigkeit, Widersprüchlichkeit. Lassen Sie mich nur ein Beispiel herausgreifen, das mich schon während Ihrer Rede beschäftigt hat. Sie haben gesagt, wir schützen die Menschen in Bayern nicht effektiv genug. Das ist ein Vorwurf, der uns trifft, weil wir genau das tun wollen und genau das auch tun. Wir handeln so.

Dann haben Sie uns vorgehalten, wir würden die Weihnachtsferien in einer Hauruck-Aktion verlängern, mit dem 18. Dezember als letztem Schultag, und haben noch den Landesschülersprecher als Kronzeugen herangezogen. – Also was denn nun? Wollen Sie nun, dass wir Kontakte effektiv beschränken, oder nicht? Wollen Sie, dass wir die Leute in Bayern effektiv schützen, oder nicht? Es ist leider so, dass man dabei auch mal eine unbequeme Wahrheit aussprechen muss, die man verkaufen muss. Man kann nicht immer nur das Schöne verkaufen. Sie verfahren nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber bitte mach mich nicht nass.

(Zuruf)

Sie müssen sich schon entscheiden: entweder größerer Schutz durch effektive Kontaktbeschränkung, also längere Schulferien, oder eben keine längeren Schulferien. Das ist nur eine dieser Widersprüchlichkeiten, die Ihre Rede heute zuhauf enthielt.

(Zuruf)

Die Rede war gallig, sie war wütend.

(Zuruf)

Dabei wollten Sie die Maßnahmen laut Ihres Antrags eigentlich gutheißen und den aktuellen Beschluss mittragen. Auch das ist ein Widerspruch in der Rede an sich. Bei mir ist nicht hängengeblieben, dass Sie in Ihrer Rede irgendetwas gut gefunden hätten. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Die SPD sagt zum Beispiel, dass wir eine neue Teststrategie bräuchten. Ein Umsteuern ist hier aber nicht nötig. Viele der Getesteten haben Symptome. Die Krankenhäuser in Bayern handeln regional sehr verantwortungsvoll, gehen mit der Ressource Personal sehr verantwortungsvoll um und entscheiden selbst, wann sie plan- und verschiebbare Eingriffe tatsächlich verschieben. Das zeigt: Wir haben viel aus dieser ersten Welle gelernt. Die Krankenhäuser selber können entscheiden und machen das in vernünftiger Weise. Dazu brauchen wir den Staat nicht. Und wir setzen uns beim Bund für eine finanzielle Kompensation für die Krankenhäuser ein. Da frage ich aber auch die SPD: Wer stellt denn den Finanzminister im Bund? Da könnten Sie auch selber ein gewichtiges Wort dafür einlegen,

(Zuruf)

dass das so kommt. Auch die Sicherstellung der Besuchsmöglichkeiten, die Sie zu Recht fordern, haben wir hier im Hohen Haus in unserem Dringlichkeitsantrag vom 28.10.2020 angemahnt. Das ist eine Quadratur des Kreises und gar nicht so einfach. Das wissen Sie selber. Deswegen hatten wir vor vier Wochen genau diese Punkte dargestellt.

Im Übrigen: Der Ministerpräsident selber hat betont, dass die Schließung von Kindertagesstätten und Schulen nur die Ultima Ratio sein kann, exakt so, wie Sie es in Ihrem Antrag geschrieben haben.

Deswegen: Ihres Antrags bedarf es nicht. Wir brauchen keinen Kurswechsel, und wir brauchen nichts, was in eine andere Richtung anschieben würde. Deshalb werden wir auch ihn ablehnen.

Der Antrag der FDP befasst sich mal wieder – und täglich grüßt das Murmeltier, Dr. Spitzer, und wöchentlich grüßt das Murmeltier – mit "Strategisch Testen". Ich freue mich schon darauf, was dann nächste Woche für ein Antrag von Ihnen kommt. Nur haben Sie sich diesmal widersprochen: Früher haben Sie gesagt, wir sollen die Tests einschränken, damit für alle etwas da ist. Heute fordern Sie lokale Massentestungen. Das ist ein Widerspruch in sich. Das müssen Sie mal aufklären, weil nächste Woche, am 1. Dezember haben wir von Ihnen genau gegenteilige Anträge im Ausschuss. Ich bin schon gespannt, wie Sie sich da verhalten. Aber die Massentestungen braucht man nicht, weil die Ausweitung der Schnelltests ohnehin schon geprüft und umgesetzt wird.

Zum Antrag der AfD zu den Raumlüftern hat unser Fraktionsvorsitzender in seiner Rede in Erwiderung auf den Ministerpräsidenten bereits alles gesagt und hat es schon gut dargestellt.

Ich würde auf die AfD gern in einem anderen Zusammenhang zu sprechen kommen. Denn ich habe in der Tat Sorge um unsere politische Kultur.

(Zuruf)

Ich habe Sorge um unsere Demokratie und um die Werte, die uns und unser Land in den letzten 70 Jahren ausgemacht haben. Wie vor 85 oder 90 Jahren schleusen Sie Menschen ins Parlament, die Abgeordnete bedrohen und körperlich angehen. Da läuft es mir kalt den Rücken runter.

Ein zweiter Ausflug in die düstere Vergangenheit war der Brief Ihrer Fraktionsvorsitzenden an die Landräte in Bayern. Ich muss das in diesem Zusammenhang noch einmal zitieren. Darin wird geschrieben – ich zitiere die AfD –:

> Wir haben mit großem Respekt zur Kenntnis genommen, dass einige mutige Landräte und Stadtoberhäupter sich gegen den Maskenzwang für Grundschüler ausgesprochen haben. […] In einer späteren Zeit werden alle Maßnahmen und das Verhalten aller Verantwortlichen sicher noch einmal in einem anderen Licht gewürdigt werden. Daher ist auch im Sinne einer Vermeidung von Regressansprüchen eine solche Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten angebracht.

Hier wird demokratisch gewählten Mandatsträgern gedroht. Sie werden unter Druck gesetzt. Sie sollen nicht mehr nach ihrem Gewissen und ihrem Sachverstand entscheiden, sondern gefälligst das tun, was die AfD von ihnen verlangt. Wenn nicht, würden sie es büßen müssen.

Meine Damen und Herren, mich schaudert! Die demokratischen Kräfte in diesem Parlament dürfen diesen Rückfall in die Zeit vor 85 oder 90 Jahren nicht dulden!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fakt ist, was unser Ministerpräsident gesagt hat: Für Corona gibt es keine Blaupause. Die Rezepte, die vor 90 Jahren angewandt wurden, dürfen jedenfalls nie wieder aus dem Giftschrank herausgeholt werden.

Deshalb kann ich am Ende nur noch mal an Ihre Vernunft appellieren: Bitte bewahren wir alle einen kühlen Kopf. Der Ministerpräsident hat das in seiner Regierungserklärung treffend ausgedrückt: Es ist wichtig, was wir fühlen, aber es ist entscheidend, was wir denken.

Deshalb bitte ich Sie: Bleiben wir alle auf dem Pfad der Vernunft. Helfen wir alle zusammen, die Grundrechte effektiv zu schützen, nämlich das Grundrecht auf Bildung, vor allem aber das Grundrecht auf Leben und Gesundheit der Menschen in unserem Land, gerade der Schwächeren, der Älteren, der vorerkrankten Menschen. Sie brauchen den Schutz ihrer wichtigsten Grundrechte. Es ist ernst, es ist dramatisch! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Ihre Rede hat drei Zwischenbemerkungen ausgelöst. Die erste kommt von dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Seidenath, ich stimme Ihnen grundsätzlich zu, dass man die notwendigen Maßnahmen ergreifen muss, um die Infektionszahlen in Bayern zu senken.

Heute Vormittag hat mich die Mutter eines geistig beeinträchtigten Kindes kontaktiert. Das Kind geht bei mir im Heimatort auf eine Förderschule in einem heilpädagogischen Zentrum. Diese Förderschule ist aktuell geschlossen, weil im Landkreis Traunstein die Infektionszahlen entsprechend hoch sind. Jetzt muss man wissen, dass die Klassenstärken in dieser Förderschule fünf bis sieben Schüler pro Klasse betragen. Diese Klassen könnten noch halbiert werden. Erachten Sie es wirklich als notwendig, dass man eine derartige Förderschule schließt und damit geistig behinderten Kindern praktisch komplett den sozialen Kontakt raubt? Diese Kinder haben in der Regel nur die sozialen Kontakte in dieser Fördereinrichtung und sonst nichts.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte, Herr Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Plenk, ich glaube, es ist gut und hat sich bewährt, dass bei uns solche Fälle vor Ort durch die Kreisverwaltungsbehörden, durch die Landräte, durch die Oberbürgermeister, durch die jeweiligen Gesundheitsämter entschieden werden. Sie kennen die Verhältnisse vor Ort. Sie können beurteilen, ob eine Schließung notwendig ist oder nicht. Sie können entscheiden, ob eine Schulschließung und damit in gewisser Weise eine Einschränkung des Grundrechts auf Bildung – sofern man das nicht über virtuelle Maßnahmen gewährleisten kann – tatsächlich verhältnismäßig ist und ob es notwendig ist, das umzusetzen.

Da ich den Fall nicht genau kenne, kann ich mich nicht von hier aus – und ich würde das auch nicht machen – in die Belange des Landkreises einmischen. Das sollte vor Ort geklärt werden. Ich bitte Sie, Herr Plenk, das vor Ort mit dem Landrat oder Oberbürgermeister zu besprechen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Bayerbach. Bitte schön.

Markus Bayerbach (AfD): Sie haben beklagt, dass die Spaltung der Gesellschaft immer größer wird, dass nicht miteinander geredet wird, dass die Demokratie in Gefahr ist. Da gehe ich mit. Die Frage ist nur: Ihr Ministerpräsident, der hier wirklich den Eindruck vermittelt hat, allwissend und unfehlbar zu sein, diffamiert hier jegliche Kritiker, ob sie aus dem Querdenker-Milieu kommen, ob das Demonstranten sind – das sind Zehntausende in diesem Land, und zum Großteil auch noch aus dem linken Lager –, als Rechtsradikale und als rücksichtslos. Sie werden als Antisemiten abgestempelt. Andere Parteivorsitzende bezeichnen solche Leute als "Covidioten". Sind Sie nicht der Meinung, dass vielleicht auch die Sprache der Regierungsparteien deutlich zu dieser Spaltung beiträgt?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Bayerbach, unser Ministerpräsident hat niemanden diffamiert. Ich habe sehr genau zugehört, und ich glaube, dass ich das Thema heute fast noch deutlicher auf den Punkt gebracht habe. Da können Sie mir jetzt vorwerfen, ich hätte diffamiert.

Die Situation ist wirklich ernst. Die Bewegung "Querdenken" – das hat er angesprochen – ist ein Sammelbecken für verschiedenste Strömungen. Ich bitte Sie wirklich, mal genau hinzuschauen. Wenn es Ihnen damit ernst ist, die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern – wir wollen das –, wenn Sie das auch wollen, dann schauen Sie bitte hin und überlegen Sie, ob wir hier mäßigend eingreifen können. Ich glaube, Sie

haben sehr guten Zugang zu dieser Klientel. Sie könnten da einwirken. Bitte tun Sie das, damit wir diese Spaltung in unserer Gesellschaft wirklich verhindern können.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Jetzt kommt die dritte Zwischenbemerkung, von Herrn Toni Schuberl von den GRÜNEN. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Seidenath, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie unseren GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag gut finden, er sich staatstragend liest und ganz vernünftig ist, was da drin steht, Sie ihm aber nicht zustimmen werden, weil unsere Fraktionsvorsitzende in ihrer Rede die Staatsregierung kritisiert hat? Ist das Ihre Art, mit Anträgen umzugehen? – Wenn eine Oppositionsfraktion die Regierung nicht ausreichend lobt oder sogar kritisiert, lehnen Sie Anträge der Fraktion ab, auch wenn diese Rede gar nicht zu dem Antrag gehalten wurde, sondern zur Regierungserklärung.

Mich würde interessieren, ob Sie vielleicht inhaltlich darstellen können, was Sie ganz konkret an unserem Antrag so stört, dass Sie ihm nicht zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Seidenath, Sie haben die Antwort.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Schuberl, jetzt muss ich hier zum Lehrer werden, was überhaupt nicht meinem Naturell entspricht. Repetitio est mater studiorum – Wiederholung ist die Mutter des Lernens.

Ich kann gerne noch einmal darauf eingehen. Dem Eingangsabsatz Ihres Antrags hätte ich zustimmen können; der liest sich vernünftig, gut und staatstragend. Alles andere, was danach gekommen ist, war gallig, war widersprüchlich, war falsch, war querulatorisch. Dem konnte man jedenfalls nicht zustimmen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das habe ich mit der Rede Ihrer Fraktionsvorsitzenden verglichen, die jetzt auch wieder da ist. – Hallo, Frau Schulze, Sie können dann nachhören, was ich über Ihre Rede gesagt habe. – Genau so war es da auch. Das habe ich mit dem Wolf im Schafspelz gemeint. Der erste Absatz des Antrags liest sich gut als Entree, aber der Rest ist nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Damit ist Ihr Beitrag zu Ende. – Ich darf als nächsten Redner den Abgeordneten Jürgen Mistol von der Fraktion der GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! An allen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ergriffen wurden und ergriffen werden, an jeder einzelnen Maßnahme kann man Kritik üben. So ehrlich müssen wir vielleicht schon sein. Es sind letztendlich politische Entscheidungen, zwar getroffen nach Rücksprache mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, aber es bleiben politische Entscheidungen.

Die Widersprüche, die dabei entstehen, sind manchmal kaum auszuhalten. Nur ein Beispiel: Die Bibliotheken schließen jetzt. Ich kann also kein Buch ausleihen. Das Buchgeschäft hat offen. Ein Buch kaufen kann ich mir schon. Das sind die Widersprüche, die in diesen Regeln enthalten sind. Diese Widersprüche haben wir aber in vielen Regeln, nicht nur zu Corona. Wie viele Regeln gibt es denn, die tatsächlich widerspruchsfrei sind? – Da wird man wenige finden.

Ich appelliere an uns und auch an die Menschen in unserem Land: Wir müssen diese Widersprüche auch aushalten, wenn wir bei der Bekämpfung der Pandemie wirklich Erfolg haben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, mit einer gemeinsamen Anstrengung konnte in den letzten Wochen das exponentielle Wachstum der Neuinfektionen unterbrochen werden. Die Maßnahmen im November haben geholfen, zumindest das unbegrenzte Wachstum der Neuinfektionen zu stoppen. Aber sie haben es eben nicht vermocht, die Zahl der Neuinfektionen zu senken.Die Zahl der mit Corona neu Infizierten ist weiterhin hoch. Immer mehr Kliniken kommen an ihre Leistungsgrenze und sorgen sich um die Zahl der freien Betten auf ihren Intensivstationen. Die Zahl der Toten befindet sich auf einem traurigen Rekordniveau. Obwohl es Ende Oktober bzw. Anfang November noch hieß, die in der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin beschlossenen Maßnahmen würden lediglich im November gelten, gibt die Zahl der Neuinfektionen im November eine Beendigung der Maßnahmen einfach nicht her. Der Ministerpräsident hat heute gesagt: Es war eine bewusste Entscheidung, diesen Lockdown light zu machen. Dieser war aber mit der Hoffnung verbunden, dass die beschlossenen Maßnahmen wirklich dazu führen, dass die Zahlen nach unten gehen. Wir müssen uns heute eingestehen: Das ist schlussendlich nicht gelungen. Die GRÜNEN sagen deswegen: Wir brauchen eine langfristige Strategie. Die Infektionszahlen und die Auslastung des Gesundheitssystems verlangen eine Verlängerung der Maßnahmen.

Die Akzeptanz der Maßnahmen ist in Bayern und in ganz Deutschland Gott sei Dank hoch, weil sich die Bevölkerung zum allergrößten Teil der Lage bewusst ist. Die Menschen nehmen in großer Solidarität miteinander schwere Einschränkungen auf sich. Sie fordern aber zu Recht ein, dass es eine Planbarkeit und eine klare Kommunikation über die notwendigen Maßnahmen und auch über die Bedingungen zu ihrer Beendigung gibt. Die unzureichende Kommunikation nach der letzten Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Oktober 2020 war hierzu alles andere als hilfreich. Ich sage Ihnen: Die Akzeptanz der Maßnahmen hängt maßgeblich von ihrer Nachvollziehbarkeit und einer klaren Kommunikation ab, ohne die Widersprüche bei schwierigen Fragen und Abstimmungsprozessen unter den Tisch zu kehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns GRÜNE ist klar, es braucht weiterhin große Anstrengungen, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen und Menschenleben zu retten. Wir GRÜNE tragen deswegen die Beschlüsse der MPK mit. Wir erwarten, dass die Staatsregierung den Spielraum, den die MPK-Beschlüsse den Ländern lässt, im Sinne eines praktikablen Infektionsschutzes gut nutzt und die Hotspot-Strategie noch stärker mit Leben erfüllt.

Ich habe dem Ministerpräsidenten gut zugehört. Er hat gesagt: Das ist nichts Optionales, sondern soll konsequent umgesetzt werden. Wir werden ihn da beim Wort nehmen.

(Zuruf)

Es braucht eine ehrliche und verständliche Kommunikation, wie wir durch die nächsten Wochen und Monate kommen können. Es reicht eben nicht, auf Sicht zu fahren. Es ist höchste Zeit, eine solche Strategie auch zu kommunizieren. Wir brauchen eine Strategie, deren Halbwertszeit länger als zwei Wochen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es braucht eine klare Perspektive bis zum Frühjahr. Es braucht bundesweit verbindliche Regeln. Alles andere schafft Verwirrung und trägt nicht zur Akzeptanz der Maßnahmen bei. Gerade weil wir die Pandemie nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern bekämpfen können, brauchen wir diese Akzeptanz der beschlossenen Maßnahmen in der Bevölkerung. Klarheit, Nachvollziehbarkeit, Verhältnismäßigkeit der Regeln stehen dabei an erster Stelle.

Ja, Weihnachten ist nicht nur für die Menschen christlichen Glaubens, sondern für viele Menschen in diesem Land ein Fest der Familie, ein Fest, an dem man Freundinnen und Freunde trifft. Wir müssen auch sagen: Die nackten Infektionszahlen würden eigentlich keine Lockerung erlauben. Über die Weihnachtsfeiertage zu lockern, ist eine politische Entscheidung. Die Lockerung ist aus unserer Sicht wichtig für den Zusam-

menhalt der Gesellschaft und gibt Mut und Kraft. Sie gestattet es, mit den Menschen, die einem lieb und teuer sind, wieder einmal zusammenkommen zu können und zusammenkommen zu dürfen. "Dürfen" heißt nicht "müssen". Niemand muss diese Möglichkeit ausreizen. Niemand muss sich mit zehn Menschen treffen. Wir GRÜNEN setzen hier auf Eigenverantwortung und Vernunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Apropos Eigenverantwortung: Es ist nicht die Zeit des Ich, sondern die Zeit des Wir. Das gilt auch für den Ministerpräsidenten. Herr Söder, wir GRÜNE halten es nicht für zweckmäßig, schon vor der MPK jede Idee, die Ihnen in den Sinn kommt, in die Öffentlichkeit hinauszuposaunen. Mancher Ihrer Kollegen aus den anderen Bundesländern hat hier einen aus meiner Sicht wohltuenderen Stil an den Tag gelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Auch Herr Kretschmann hat einen anderen Stil als Sie. Das ist eine Stilfrage. Es mag sein, dass wir da unterschiedlicher Meinung sind, aber ich stelle das einfach mal so fest.

Ehrlichkeit, Perspektive und Klarheit sind essenziell, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die notwendigen Maßnahmen zu stärken. Ehrliche und verständliche Information und Kommunikation sind das Gebot der Stunde. Wir fordern deshalb von der Staatsregierung eine breit angelegte Informations- und Aufklärungskampagne über die beschlossenen Maßnahmen und über die aktuelle Situation – zielgruppenspezifisch, mehrsprachig und barrierefrei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Krise trifft alle, aber nicht alle gleich. Risikogruppen leben in Angst um ihr Leben, ältere und behinderte Menschen in Pflegeheimen und Pflegeeinrichtungen wurden in den ersten Monaten der Pandemie quasi isoliert. Kinder, Familien und Jugendliche waren besonders im Frühjahr durch die Maßnahmen besonders belastet und sind es auch noch heute von den immer wieder drohenden

Kita- und Schulschließungen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Künstlerinnen und Künstler, Solo-Selbstständige, die Tourismusbranche sowie Gastronomen haben existenzielle Ängste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können die Pandemie nur gemeinsam bekämpfen. Die Maßnahmen dürfen unsere Gesellschaft nicht spalten. Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade die Schwächeren in unserer Gesellschaft dürfen in der jetzigen Situation nicht aus den Augen verloren werden. Das bedeutet aber auch, die besonders betroffenen Berufsgruppen finanziell und vor allem zeitnah zu unterstützen, um eben die Härten der Einschränkungen abzufedern.

Es lohnt auch ein wachsamer Blick auf Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern. Es muss klar sein: Wer die Betreuung braucht, der soll sein Kind in die Kita oder in die Schule bringen können. Eltern und Kinder brauchen mehr Sicherheit. Die Staatsregierung darf die Eltern in der Krise nicht wieder alleinlassen wie im Frühjahr. Es muss klar sein: Sollten Schulen und Kitas geschlossen werden müssen, muss es für alle eine Betreuungsgarantie geben, die diese Unterstützung brauchen. Das gilt auch für diese zwei zusätzlichen Tage vor Weihnachten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen gerade für die Schulen Planungssicherheit. Wir brauchen zeitnah flächendeckend Klassenteilungen mit Wechsel- und Hybridunterricht ab Klasse 8. Das ist aus unserer Sicht wirklich das Gebot der Stunde.

Überhaupt muss man sagen: Die Belange von Kindern und Jugendlichen kommen uns GRÜNEN in Zeiten der Pandemie viel zu kurz. Wir als Fraktion haben deshalb hier im Plenum eine große Anhörung beantragt, um den Fokus auf die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen zu richten.

Aber auch ältere Menschen vermissen den Kontakt zu anderen. Viele fühlen sich alleingelassen. Für uns GRÜNE gilt: Risikogruppen einbinden, statt sie alleinzulassen. Es braucht gute und praktikable Besuchskonzepte in den Altenheimen. Wir brauchen Schnelltests und kostenfreie FFP2-Masken, damit Besuche bei alten, pflegebedürftigen und kranken Menschen möglich sind, damit niemand an den Feiertagen, aber auch sonst allein sein muss. Die einzelnen Einrichtungen und Träger brauchen dabei Unterstützung. Diese Unterstützung erwarten wir von der Staatsregierung. Die Konzepte dafür müssen zeitnah konzipiert werden und nicht erst am 20. Dezember.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem 2. November 2020 steht der Sportbetrieb in Bayern und bundesweit erneut weitgehend still. Bei längerem Andauern des Lockdowns light und bei weiter unklarer Perspektive wird allerdings offenbar, dass der momentane Zustand nicht länger anhalten darf. Es braucht bundesweit möglichst einheitliche Regelungen, um Angebote des Kinder- und Jugendsports differenziert zu ermöglichen. Zudem darf die Corona-Pandemie nicht dazu führen, dass eine Generation von Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmern heranwächst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwimmunterricht muss wieder stattfinden können, sobald das epidemiologisch vertretbar ist. Selbiges gilt übrigens auch für die Tätigkeit von Fitness- und Gesundheitsstudios. Wir empfehlen der Staatsregierung, die genannten Einrichtungen genauso wie die Schwimmbäder stärker in den Blick zu nehmen.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Hilfsversprechen müssen unverzüglich eingelöst werden. Ministerpräsident Söder und die gesamte Bayerische Staatsregierung stehen in der Verantwortung, die Umsetzbarkeit und Umsetzung dieser Hilfsversprechen ganz oben auf die Agenda zu setzen. Unternehmen und Selbstständige können sich nicht von Monat zu Monat hangeln. Sie brauchen eine langfristige Perspektive mit einer schnellen, unbürokratischen Unterstützung, die auch dann greift, wenn nur regionale Einschränkungen vorgenommen werden.

Kolleginnen und Kollegen, es gibt berechtigte Hoffnungen, Corona zu besiegen. Wir haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die es in fast atemberaubender Zeit geschafft haben, Impfstoffe zu entwickeln, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit.

Jürgen Mistol (GRÜNE): – die hoffentlich bald die Zulassung bekommen und in absehbarer Zeit eingesetzt werden können. Trotzdem werden wir noch einige Zeit mit dem Virus leben lernen müssen. Wenn aber die Mehrheit der Menschen in unserem Land weiterhin solidarisch und umsichtig ist, dürfen wir frohen Mutes sein, gut durch diesen Corona-Winter zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mistol, Sie bekommen noch Redezeit. – Der Kollege Prof. Dr. Bausback von der CSU-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Geschätzter Kollege Mistol, Sie haben in sehr ruhigem Ton wiederholt, was Ihre Fraktionschefin heute zu Beginn der Sitzung in eifernden Ton gesagt hat. Sie fordern eine Langfrist-Strategie ein. Nachdem ich gerade noch einmal gegoogelt habe, möchte ich Sie deshalb fragen:

(Unruhe)

Wie verhält es sich mit dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, der Ihrer Partei angehört? Wenn man die Schlagworte "Langfrist-Strategie Kretschmann" googelt, findet man außer Kritik am Fehlen einer solchen Langfrist-Strategie nichts. Warum gibt es in Baden-Württemberg nicht das, was Sie hier einfordern? Liegt das vielleicht daran, dass es in der Corona-Situation gar nicht möglich ist, in einer solch langfristigen Art und Weise vorherzusehen, wie Sie dies vorgaukeln? Hierzu hätte ich

gerne eine Antwort. Wenn Sie in Baden-Württemberg nicht selbst eine Langfrist-Strategie verfolgen, dann können Sie diese auch nicht von anderen einfordern.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mistol, bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Kollege Prof. Bausback, wir sind hier in Bayern und für Bayern verantwortlich. Der Herr Ministerpräsident hat heute gesagt, es sei eine bewusste Entscheidung gewesen, keinen richtigen, sondern einen – ich glaube, die Formulierung lautete – "milden" Lockdown zu machen. Insofern wusste man, dass die Zahlen offensichtlich nicht so weit zurückgehen, um jetzt, Ende November, tatsächlich wieder Lockerungen vornehmen zu können. Das hat man in Kauf genommen. Ich erwarte deswegen von einer Staatsregierung, über diesen Tag hinaus zu denken und nicht den Eindruck zu erwecken, bis Ende November gäbe es einen Lockdown und danach wäre alles gut. Das erwarte ich durchaus von einem Regierungschef und einer Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Anne Cyron für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es wird sich also nichts im Corona-Zirkus ändern, wie wir dem Wortlaut der Regierungserklärung entnehmen können. Im Gegenteil! Die Zwangsmaßnahmen werden weiter verschärft. Der Ausnahmezustand, der auf fehlerhaften Tests, fragwürdigen Aussagen des RKI und nicht fundierten Annahmen basiert, ist längst zum Normalzustand geworden, auch an den Schulen.

Sprach Kultusminister Piazolo noch Ende August von einer Maskenpflicht an Schulen, die nach zwei Wochen beendet werden sollte, so ist davon heute keine Rede mehr. Vielmehr wird der Zwang zur Maskerade verlängert und verschärft. Damit sind die Kinder die ganz großen Verlierer in Zeiten von Corona.

Sie werden ihrer sozialen Kontakte beraubt. Sie werden von individueller Förderung ausgeschlossen, zum Beispiel bei Fördermaßnahmen, bei erforderlichen logopädischen Maßnahmen und beim Musikunterricht. Sie werden in ihrer Gesundheit und psychischen Entwicklung gefährdet. Sie werden als "Superspreader", als Virenschleudern, diffamiert und von Politikern für den möglichen Tod von Eltern und Großeltern verantwortlich gemacht, falls sie sich der Maskenpflicht widersetzen.

(Beifall bei der AfD)

Es wird ein regelrechter Krieg gegen die Kinder in Form eines Gesundheitsexperiments namens Maskenpflicht geführt. Kinder leiden durch die Maske, nicht durch Corona; denn die Maske bedeutet für die Kinder Angst und soziale Distanz. – Herr Söder, die Kinder, die stolz darauf sind, eine Maske zu tragen, müssen Sie uns erst einmal zeigen.

Die Maske raubt den Kindern ihre physische und psychische Gesundheit. Die Maske beeinträchtigt die Sauerstoffversorgung und somit die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit.

(Zuruf)

Kinder leiden unter Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit und Ängsten. Dieser Wahnsinn hält an, obwohl Studien längst belegen, dass Schulen bei der Verbreitung von Corona keine signifikante Rolle spielen.

(Beifall bei der AfD)

Als im Frühsommer 2020 die Schulen wieder geöffnet wurden, führte das weder bei den Lehrern noch bei den Schülern zu nennenswerten Infektionszahlen. Dabei ist jedoch noch anzumerken, dass Infektionszahlen nicht gleich Erkrankten- oder Totenzahlen sind.

Die Corona-Hysterie schafft kranke Kinder, verunsicherte Eltern und verzweifelte Lehrer, die trotzdem ihr Bestes geben. Das ständige Lüften in den Schulen und das Tragen von Winterkleidung und Decken im Klassenraum macht unsere Schüler krank. Die negativen Langzeitfolgen des Maskenzwangs sind für die Kommunikation und das Empathievermögen der Kinder verheerend. Kinder kommunizieren vor allem über Gestik und Mimik. Das Fehlen dieser Art der Kommunikation führt zur Zerstörung von emotionalen Beziehungen und einer Verringerung der Gesprächsbereitschaft.

Diese zwangsverordneten Verhaltensregeln bremsen die Kinder in ihren ureigenen menschlichen Interaktionen und hemmen ihre soziale Entwicklung. Digitalisierung und Homeschooling können keinen Präsenzunterricht ersetzen, vor allem nicht bei den jüngeren Schülern. Der Bildungsauftrag der Schulen kann nur durch Präsenzunterricht erfüllt werden. Echter Präsenzunterricht braucht aber die persönliche Nähe zwischen Lehrern und Kindern, die Rückkoppelung über Gesten, Mimik und Verhalten. Das heißt: Unterricht und Kommunikation ohne Maske.

(Beifall bei der AfD)

Präsenzunterricht birgt jedoch auch die Gefahr, sich mit einer luftübertragenen Krankheit zu infizieren. Das war aber schon immer so.

Für den Schutz der Schulkinder und Lehrer bräuchte es also Vorrichtungen, die eine Übertragung verhindern bzw. das Risiko minimieren und die Umgebung von Viren und Bakterien frei halten.

Stoßlüften wird in der gegenwärtigen Diskussion als Alternative angeführt. Das setzt jedoch geeignete Umstände hinsichtlich der Temperaturen und Lüftungsmöglichkeiten

voraus, zum Beispiel Querlüften, welches in der Regel in den Schulen nicht möglich ist. Das bedingt, dass sowohl Schulkinder als auch Lehrer in Winterkleidung und Decken gehüllt den Unterricht durchstehen.

Dauerhaftes Lüften macht den menschlichen Organismus, vor allem in der kälteren Jahreszeit, krank und bietet keine Garantie für einen wirksamen Schutz vor keimbelasteten Aerosolen. Diesen Schutz bieten die meisten Masken ebenso wenig.

(Beifall bei der AfD)

Halbierte Schulklassen und Wechselunterricht, um die Dichte des Unterrichts zu entzerren, bieten keinen hinreichenden Schutz vor Infektionen. Die über die Raumluft abgegebenen Aerosole schweben über Stunden im freien Raum.

Ein nachträglicher Einbau fest installierter Luftreinigungsanlagen, die jetzt gefördert werden, ist wegen langer Genehmigungsverfahren keine Alternative. Die Geräte müssen sofort zur Verfügung stehen und zum Einsatz kommen. Mobile Luftreinigungsgeräte schaffen fast 100 % virenfreie Luft in Unterrichtsräumen, was sowohl für die Schüler- als auch für die Lehrerschaft eine stark reduzierte Infektionsgefahr bedeutet.

Man könnte der sogenannten Pandemie in geschlossenen Räumen ihren Schrecken nehmen, würde man auch in Schulen die in hygienesensiblen Bereichen längst üblichen Hochleistungsanlagen zur Raumluftherstellung einsetzen.

Meine Damen und Herren, Politik trägt Verantwortung für die Bevölkerung. Politik hat weder Angst und Furcht noch Panik zu schüren, um die Menschen zu verunsichern. Politik hat verlässliche, verhältnismäßige und nachhaltige Maßnahmen zu treffen. Sie hat nicht das Recht, kaum nachvollziehbare Zwangsmaßnahmen ohne jede stichhaltige Begründung zu verordnen.

(Beifall bei der AfD)

Für die Kinder, die die Zukunft unserer Gesellschaft sind, kommt uns eine besonders hohe Verantwortung zu – Grund genug, sich für alle nur möglichen Verbesserungen im Schulbetrieb einzusetzen. Wir können Kindern und Lehrern die derzeit unzumutbaren Zustände in den Klassenzimmern erleichtern; denn Wissenschaft, Forschung und Technik haben längst mit der Erfindung von mobilen Luftreinigungsanlagen und Entkeimungsgeräten reagiert, die auch in vollbesetzten Klassenzimmern ihre Wirkung tun und die Gefahr einer Infektion signifikant reduzieren könnten. Sollte es jemals eine Zeit nach Corona geben, dann werden diese Geräte die Menschheit auch weiter schützen, zum Beispiel vor einer hohen Feinstaub- oder Pollenkonzentration; denn der Prozentsatz der Allergien steigt weiter an.

Diese mobilen Geräte bedingen keine aufwendige Installation und keine langwierigen Genehmigungsverfahren. Sie könnten schnellstmöglich zu einer Befreiung von der Maskenpflicht sowohl für Schüler als auch für Lehrer im Unterricht führen. Die Kosten sind überschaubar. Jeder Euro, den wir in unsere Kinder investieren, ist ein Euro, der in die Zukunft investiert wird. In einer Neubiberger Grundschule läuft bereits das Pilotprojekt, mit dem das Ansteckungsrisiko von COVID-19 deutlich reduziert werden könnte. Diese Investitionen, pro Gerät circa 3.000 Euro, könnten wieder einen Hauch von Alltag, einen Hauch von Normalität in die Klassenzimmer bringen; denn sowohl Lehrer als auch Schulkinder könnten auf die Masken, die im Hinblick auf die gesundheitlichen Folgen ohnehin nicht länger als 75 Minuten am Stück getragen werden sollten, verzichten.

Für unsere Kinder sollte uns keine Investition zu hoch sein. Im Rahmen der Coronabedingten Förderprogramme werden so viele Milliarden für höchst zweifelhafte Ausgaben und Investitionen bereitgestellt; da müssen doch auch Mittel für sinnvolle Maßnahmen zur Verfügung stehen. Offene Schulen mit Präsenzunterricht müssen höchste Priorität bekommen; denn die Schule hat einen Bildungsauftrag, der konsequent und kontinuierlich und nicht irgendwie sporadisch zu erfüllen ist.

Es ist unverständlich, warum in politische Entscheidungen nicht die Vorteile und der Nutzen von Technik und Wissenschaft einfließen und wir nicht darauf vertrauen, dass Ingenieure und Strömungsmechaniker in ihrem Bereich vielleicht doch viel kompetenter sind als manche Abgeordnete im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte Sie also, unserem Antrag auf Änderung der FILS-R, Nummer 4.2.2 Satz 2, zuzustimmen, damit auch Schulen bzw. Klassenräume, die bisher wegen ihrer Voraussetzungen von der Förderung ausgeschlossen sind, künftig gefördert werden können. Geben Sie mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag Kindern und Lehrern die Chance, zu etwas Normalität im Schulalltag zurückzukehren und Schulen wieder mit Freude anstatt mit Angst, Beklemmung und Panik zu erfüllen. Wenn es wirklich um die Minimierung des Infektionsrisikos geht, dann kann wohl keiner seine Zustimmung zu diesem Antrag verweigern.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den momentanen sogenannten Lockdown light, von dem wir heute den ganzen Tag reden, gibt es genau einen Grund und zwei Begründungen. Der Grund sind die steigenden Infektionszahlen, zumindest die nicht signifikant sinkenden Infektionszahlen. Die Begründungen sind die Überlastung des Gesundheitswesens, zum Beispiel bezüglich der Testkapazitäten und der Gesundheitsämter, sowie die mögliche Überlastung der Intensivkapazitäten. Das sind die Gründe dafür, dass dieser Lockdown notwendig geworden ist.

Wir brauchen gute Gründe, wenn wir uns für Beschränkungen der Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Diese Gründe können nur daran gemessen werden, welchen Bei-

trag sie zum Infektionsschutz leisten. Wir wollen uns deshalb auf diese Begründungen für das Maßnahmenbündel konzentrieren. Dazu gehört, dass wir jetzt wirklich einen Kurswechsel bei der Teststrategie umsetzen müssen. Sie haben es gehört: Die Labore in Bayern und die Ärzteschaft haben in an Deutlichkeit nicht zu überbietenden Worten darauf hingewiesen, dass sie sich am Limit und am Ende ihrer Kapazitäten befinden. Sie können deshalb die anlasslosen und unbegründeten Massentests nicht aufrechterhalten, vor allem dann nicht, wenn die Infektionszahlen noch weiter steigen.

Hier müssen Sie jetzt wirklich einmal die Finger aus den Ohren nehmen, das müssen Sie ernst nehmen. Diese Meldungen stammen nicht von irgendwem, sondern vom Verband der Akkreditierten Labore in der Medizin. Die Laborärzte in Bayern sagen, Ministerpräsident Söder mache mit der unspezifischen Testung die Analytik kaputt. Dramatisch sei die Lage in den Laboren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien psychisch und physisch am Ende. Es herrschten Frust und Erschöpfung. Dies seien gefährliche und nicht mehr akzeptable Zustände. In der vergangenen Kalenderwoche seien alle Labore am Limit gewesen, an oder über der 100-Prozent-Belastungsgrenze. – Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen. Darüber können Sie nicht hinweggehen. Da muss man auch nichts evaluieren.

An Rückstaus und teils zu langen Befundlaufzeiten spüren wir die akute Überlastung der Labore. Aufgrund der zu vielen und nicht notwendigen Testungen gelingt es weiterhin nicht, kritische Reserven für die Wintermonate aufzubauen. Darauf weisen wir seit Monaten hin. Meine Damen und Herren, das sind wichtige Hinweise und Appelle von denjenigen, die das umsetzen müssen, was Sie verlangen. Das müssen Sie ernst nehmen, zumal sich die Ärzteschaft unter dem Präsidenten der Landesärztekammer ganz ähnlich geäußert hat.

Wir müssen jetzt endlich dazu kommen, die Prioritätensetzung, von der auch hier seitens der Regierung immer wieder geredet wurde, in der Praxis umzusetzen. Es ist nicht sichergestellt, dass an allen Kliniken und Heimen standardmäßig regelmäßige Testungen des medizinischen Personals vorgenommen werden. Es ist nicht sicherge-

stellt, dass Patienten bei der Aufnahme in Krankenhäuser getestet werden. Einige Kliniken tun das, andere tun das nicht. Wir brauchen auch noch Kapazitäten für die Besuche. Wir müssen also wegkommen von den anlasslosen Massentests. Wir müssen die Tests dahin bringen, wo sie wirklich gebraucht werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, wir hätten noch Testkapazitäten, weil Sie Material gekauft hätten. Das bringt aber nichts; denn ein gekauftes Testkit ist noch kein durchgeführter Test. Den Test muss medizinisches Personal machen. Der Test ist auch nicht ausgewertet; das ist Aufgabe der Labore. Außerdem ist der Test noch nicht nachverfolgt; das ist wiederum Aufgabe der Gesundheitsämter. Alle diese Stellen befinden sich personell am Limit. Darüber dürfen Sie nicht weiter hinweggehen.

Zur Entlastung der Labore und der Gesundheitsämter schlagen wir vor, gepoolte, das heißt, gebündelte Tests vorzusehen und das japanische Modell zur effizienten Kontaktverfolgung umzusetzen. Ich sage das jede Woche. Interessant ist, dass dies nun in der Bund-Länder-Einigung thematisiert wurde. Das japanische Modell ist genau das, was jetzt für die Schulklassen vorgeschlagen wird: Wenn es eine Infektion geben, beginnt eine fünftägige Quarantäne, danach beginnt das Testen. Das ist auch sinnvoll. Sich einfach nur testen zu lassen, weil man sich danach fühlt, bringt nichts, weil der Test erst einige Tage nach der Infektion überhaupt anschlägt. Insofern werden am Ende des Tages etliche Tests verschwendet.

Wir müssen die Überlastung der Intensivkapazitäten vermeiden. Das bedeutet: Elektive Behandlungen, die ohne Gefahr für die Patienten nach hinten geschoben werden können, müssen aufgeschoben werden, weil wir das Personal für die Intensivmedizin freibekommen müssen.

Wir haben in diesem Winter dramatisch steigende Infektionszahlen. Heute hat Herr Prof. Dr. Uwe Janssens, der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, gesagt: Wir fühlen uns von der Politik alleingelassen.

Wir haben vier Mal so viele Neuinfektionen wie im März und April. Die Betten reichen nicht, da es nicht nur um die Betten geht, sondern auch um das Personal und die Pflegekräfte. Die Verweildauern bei COVID-19 sind zudem ebenfalls sehr lang. Das ist nicht mit einer schweren Grippe vergleichbar. Wenn wir mehrwöchige Verweildauern auf den Intensivstationen haben, müssen wir dies in die Kapazitäten der Intensivmedizin einrechnen und rechtzeitig umsteuern. Die Plätze könnten sehr viel schneller knapp werden, als wir gedacht haben.

Bei Corona und den schlimmen Auswirkungen geht es keineswegs um die leider auch dramatisch ansteigenden Todeszahlen. Wir haben inzwischen 426 Tote innerhalb von 24 Stunden. Das bedeutet, alle drei Minuten fällt in Deutschland ein Mensch dieser Krankheit zum Opfer. Das ist dramatisch. Hinzu kommt, dass etliche Menschen zwar nicht daran versterben, aber mit schweren Langzeitwirkungen zu rechnen haben, möglicherweise mit chronischen Erkrankungen. Auch das gilt es dringend zu vermeiden. Wir müssen die Hilfe- und Warnrufe der Intensivmedizin ebenfalls wahrnehmen. Hier ist es höchste Zeit, umzusteuern.

Wichtig ist auch, dass wir Besuche ermöglichen. Wir dürfen alte und kranke Leute nicht wieder wegsperren. Da gibt es zum Teil erschütternde Beispiele, weil es keine eindeutige Regelung gibt. Manche Häuser sind hier sehr strikt und vorsichtig. Das ist aus ihrer Sicht verständlich.Das darf aber nicht dazu führen, dass keine Besuche bei wirklich kranken, alten Menschen oder Leuten, die dauerhaft in einer solchen Einrichtung leben, mehr möglich sind. Da erreichen uns erschütternde Berichte. Das heißt, dass wir dazu, erstens, klare Vorgaben brauchen. Diese Besuchsmöglichkeit muss aufrechterhalten bleiben. Es ist sehr schwammig zu sagen, man dürfe nur Sterbende besuchen; ob jemand stirbt, weiß man vorher ja gar nicht. Zweitens brauchen die Heime und Kliniken natürlich bei Schutzmaterial und Testkapazitäten Unterstützung. Man muss den Besucherinnen und Besuchern zum Beispiel in den regionalen Testzentren Testkapazitäten einräumen; das Personal und die Pflegekräfte in den Heimen

und Kliniken schafft es nicht, zusätzlich noch die Besucherinnen und Besucher zu testen. Das ist ganz wichtig.

Ich komme dann kurz zu den Dringlichkeitsanträgen der anderen Fraktionen. Bei der CSU heißt es, man wolle so weitermachen. Mir fehlen da aber ein paar Punkte. Man fragt sich natürlich schon, warum es keine klareren Regelungen für Arbeitsplätze, zum Beispiel in Großraumbüros, gibt, wenn man gleichzeitig Kindern auch an Grundschulen Maskenpflicht auferlegt. Hier könnte man wirklich deutlich nachbessern. In diesen Wochen ist der Arbeitsplatz die Hauptkontaktquelle; der wird regelmäßig aufgesucht, alles andere hat geschlossen. Das darf man nicht ausblenden.

Zum Thema Weihnachten: Ist es eigentlich schon jemandem aufgefallen, dass es da nicht nur um Familien geht? Ich muss zum einen sagen, dass in der Bund-Länder-Regelung tatsächlich komische Regeln enthalten sind. Die Beschränkung auf eine Anzahl von Haushalten ist nachvollziehbar. Eine zusätzliche Beschränkung auf die Anzahl der Personen ist aber doppelt gemoppelt und nicht nachvollziehbar; wer zusammenlebt, hat auch das gleiche Infektionsrisiko und -potenzial. Absurd wird es dann, wenn man Kinder bis 14 Jahre ausnimmt. Was macht man, wenn die Tochter gerade ihren fünfzehnten Geburtstag hatte? Muss die dann draußen bleiben? – Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssten sich jetzt auch darauf vorbereiten, – überraschende Mitteilung –, dass an Weihnachten viele Menschen in die Kirchen gehen, die das sonst nicht tun. Für aktive Gemeindemitglieder ist das oft noch wichtiger. Wir brauchen da klare Vorgaben und Konzepte. Da gibt es, wie jetzt in München, zwar Ideen. Hier wollen die Bischöfe beider Konfessionen am Chinesischen Turm eine gemeinsame Freiluftveranstaltung machen. Das ist eine schöne Idee, die aber leider ein bisschen problematisch ist. Es ist nicht das richtige Konzept, wenn Menschen massenhaft zusammenkommen. Wir brauchen also zuerst einmal klare Vorgaben und Ideen für die Kirchengemeinden. Es

kann nicht so weitergehen wie bisher. Sie müssen das anders machen. Wir unterstützen Sie dabei. Das gehört ganz klar dazu. Das dürfen keine Superspreader-Events werden.

Ich habe mich über den Dringlichkeitsantrag der FDP sehr gewundert. Er enthält genau das Gegenteil dessen, was Sie uns während der letzten Wochen immer und immer wieder vorgelegt haben. Bislang wollten Sie immer die bayerische Teststrategie beenden. Jetzt wollen Sie Massentests für alle. Ich glaube, Sie haben sich das aus Österreich abgeschaut. Aber auch dort gibt es schon viel Widerstand. Die Österreicher machen das auch nur, weil sie die Containment-Strategie der Nachverfolgung einfach nicht mehr bewältigen können. Ein Einmaltest ist aber nur eine Momentaufnahme. Wenn schon, dann müsste man die Bevölkerung in regelmäßigen Abständen testen.

Vor zwei Wochen meinten Sie in Ihrer Begründung:

> Die Konsequenz aus dem bayerischen Sonderweg und der Abkehr von der nationalen Teststrategie

– hier kommt ein zusätzliches Komma –

> ist eine Zunahme beim Probenrückstau, Verzögerungen bei der Testabnahme sowie Ergebnisübermittlung

– dann kommt noch ein überflüssiges Komma –

> sowie eine zusätzliche Belastung der Arztpraxen.

– Das haben Sie uns vor zwei Wochen vorgelegt. Was sagt uns das? – Auch das Komma soll man nur setzen, wo es wirklich nötig ist.

(Heiterkeit)

Das gilt eben auch für die Tests.

(Beifall bei der SPD)

Beim Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ist es ähnlich. Der Antrag ist, auch wenn sich darin einiges wiederholt, in Ordnung. Man muss also bei seinen Forderungen immer prüfen,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Ruth Waldmann (SPD): ob sie in dieser Form tatsächlich nötig sind. Der Schwimmunterricht ist wichtig. Es geht aber niemand unter, wenn der Unterricht auch für diese kurze Zeit bis zu den Weihnachtsferien noch ausfällt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie haben noch etwas Redezeit bekommen. Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Pult. Der Kollege Dominik Spitzer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Dr. Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Frau Kollegin Waldmann, Sie differenzieren ebenso wie Herr Kollege Seidenath nicht zwischen PCR- und Schnelltest. Zwischen diesen besteht ein gravierender Unterschied. Wir haben bei der Reagenzienbereitstellung für den PCR-Test, dessen Ergebnis sich hinzieht, Engpässe. Man muss also zwei, drei Tage warten, bis man das Ergebnis eines PCR-Tests bekommt. Bei einem Schnelltest bekommen Sie das Ergebnis binnen weniger Minuten. Ich bitte schon darum, dass hier differenziert wird und nicht beides in eine Tüte gepackt wird.

Ruth Waldmann (SPD): Ich schlage schon vor, die gepoolte Auswertung der Tests und Proben in einen Topf zu werfen; das ist aber ein anderes Thema.

Es geht um etwas anderes. Es mag sein, dass es inzwischen genügend Reagenzien gibt. Die Staatsregierung hat bestätigt, dass es inzwischen genügend Material gibt. Deswegen ist sie auch der Meinung, sie habe Testkapazitäten. Dem ist aber nicht so, weil das Personal fehlt. Auch der Schnelltest muss von medizinischem Fachpersonal gemacht werden. Es reicht da eben nicht, mit einem Wattestäbchen ein bisschen am Gaumen herumzukitzeln; stattdessen muss das – wer das einmal erlebt hat: das ist

sehr unangenehm – tief hinten in der Nase, im Rachen gemacht werden. Da kann man viel kaputt machen. Darum muss das von medizinischem Fachpersonal gemacht werden. Wir haben aber einfach nicht unbegrenzt medizinisches Fachpersonal zur Verfügung. Deswegen ist das eben nicht das Gleiche.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Waldmann. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Diesen Mittwoch trafen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten wieder mit der Kanzlerin zusammen, um das weitere Vorgehen bezüglich der grassierenden Corona-Pandemie zu besprechen. Es wurde eine langfristige Strategie angekündigt, auf die die Menschen in unserem Land gewartet haben. Vor allem warteten darauf, um nur einige zu nennen, die Gastronomen und Hoteliers, die Kulturschaffenden und Solo-Selbstständigen. Es wurde aber nur eine Verlängerung und eine Verfestigung des Status quo beschlossen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Der Lockdown light war nicht besonders erfolgreich. Die Stabilisierung des Infektionsgeschehens erfolgte dank der Umsicht unserer Bürgerinnen und Bürger, nicht aufgrund der durchgeführten Maßnahmen. Herr Ministerpräsident, ein richtiger Wellenbrecher sieht anders aus.

Die Frage, die sich nun stellt, lautet, weshalb die gewünschten Ergebnisse ausgeblieben sind. Dazu gibt es viele Theorien, aber nur wenige Erkenntnisse.

Die FREIEN WÄHLER behaupten, der Lockdown sei nicht hart genug gewesen. Sie haben sich schließlich noch vor vier Wochen für Ausgangsbeschränkungen stark gemacht. Wir sehen eher ein Problem in der Konzeption des Lockdowns. Es ist davon auszugehen, dass die Schließung von öffentlichen Räumen wie Kultureinrichtungen oder Gastronomie, die gute Hygienekonzepte haben, eher dazu geführt hat, sich ohne Auflagen im Privaten zu treffen; dort kann sich das Virus ohne Kontrolle verbreiten. Ich habe bisher noch immer nicht verstanden, wie das Schließen von Hotels und Gasthö-

fen zur Eindämmung der Pandemie beitragen soll. Beim kommenden Weihnachtsfest können Verwandte jetzt nicht separat im Hotel, sondern müssen dicht gedrängt bei der Familie auf dem Sofa nächtigen.

Wir werden auch heute keine endgültige Klärung hinbekommen. Wir können aber in die Zukunft schauen und gemeinsam an einer Strategie arbeiten. Wir haben, wie eingangs erwähnt, bis heute leider keine Langzeitstrategie. Die konstruktiven Ideen der Opposition werden nur scheibchenweise aufgenommen. Stattdessen werden nicht zweckmäßige Ideen wie ein Skifahrverbot bis Neujahr oder eine Quarantänepflicht für Tagesausflügler nach Österreich verordnet.

Wir hätten statt symbolhafter Debatten heute einen Vorschlag zur Bekämpfung des Virus, der sich in anderen Ländern durchaus bewährt hat. Es geht um die sogenannten Massentests in Hotspot-Gebieten. Diese Tests – Sie kennen das – wurden in der Slowakei und in Südtirol erfolgreich durchgeführt. Sie sollten auf freiwilliger Basis auch dringend in Bayern angewendet werden. Das Ziel dieser Massentests ist Folgendes: Man führt diese Tests durch, bekommt positive Testergebnisse und kann damit in der Fläche schlagartig und schnell die Zahl der Infektionen senken.Dieser weitergehende Vorschlag hat mehrere Vorteile. Zum einen ließen sich Infektionscluster noch besser als mit den beschlossenen Reihentests nachvollziehen und schließlich das Virus damit eindämmen. Zum anderen kann durch eine solche konzentrierte Aktion die Nachverfolgung der Infektionsketten wiederhergestellt werden und damit den ÖGDs die Möglichkeit gegeben werden, wieder zu funktionieren und die Nachverfolgung wieder aufzunehmen. Natürlich ist es utopisch, einen Massentest für ganz Bayern zu fordern, das ist uns auch klar. Wir sind aber überzeugt, dass diese Strategie für die derzeit 28 bayerischen Hotspots gerade vor Weihnachten eine effektive und sinnvolle Maßnahme wäre, um die Festtage sicherer

Wir haben von Herrn Seidenath bereits gehört, dass dieser Antrag abgelehnt werden wird, aber ich bitte Sie, darüber nachzudenken, ein Modellprojekt aufzulegen, um hieraus Erfahrungen zu machen, die über ihre Reihentests hinausgehen. Vielleicht könn-

ten Sie einfach einmal einen Massentest als Testpilot steigen lassen? – Nur als Empfehlung.

(Beifall bei der FDP)

Den Kritikern hier im Saal sage ich: Die falsch-positiven Tests könnten mittels PCR-Nachtestung ausgeschlossen werden. Die falsch-negativen Testungen wird es natürlich auch geben. Der Benefit übersteigt die Nachteile aber um ein Vielfaches. Dieses freiwillige Massentestverfahren ist neben der flächendeckenden Abdeckung mit FFP2-Masken ein zusätzlicher effektiver Baustein bis zur ausreichenden Durchimpfung der Bevölkerung. Die FDP-Fraktion begleitet seit Beginn der Corona-Epidemie die Staatsregierung konstruktiv und helfend.

Nun zu den Dringlichkeitsanträgen der anderen Parteien. Es war nichts anderes zu erwarten als ein Lobgesang der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER auf die beschlossenen Maßnahmen. Es gibt aber ein paar Punkte, bei denen ich mich schon wundere. Explizit ausgelassen wurde bei diesem Antrag zum Beispiel, dass bei uns im Allgäu und in der Presse von den FREIEN WÄHLERN mit dicken Backen kommuniziert wird, im Allgäu werde Wintersport möglich sein, sie werden sich zumindest dafür einsetzen. Die Landrätin des Landkreises Oberallgäu schreibt in einem offenen Brief, auch Herr Kollege Streibl und Herr Vizepräsident Hold lehnten die pauschale Schließung von Skigebieten ab. – Ich denke aber, sie tragen die Aussagen des Herrn Ministerpräsident trotzdem mit. Des Weiteren – und das ist mein Hauptkritikpunkt gegenüber der CSU und den FREIEN WÄHLERN – fehlt eine langfristige Strategie.

Mit dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN haben wir viele Überschneidungen, wir haben viele Gemeinsamkeiten. Nehmen wir die längerfristige Planungssicherheit, die Abfederung von wirtschaftlichen und sozialen Härten. Eine großangelegte Informations- und Aufklärungskampagne halte auch ich für essenziell und für ein wichtiges Instrument. Bis heute haben die Leute nicht gesagt bekommen, wie die Masken aufzusetzen sind, wie und wie lange sie zu tragen sind. Das sind Informationsdefizite. Das

sind Informationen, die einfach fehlen. Ich hätte schon lange erwartet, dass sie einmal kommuniziert werden. In diesen wie auch in vielen anderen Punkten – nehmen wir die Schnelltests in den Altenheimen, in den Schulen oder die Versorgung mit FFP2-Masken – stimmen wir mit den GRÜNEN überein. Leider ist es aber so, dass Sie die Forderungen in Ihrem Antrag als nachvollziehbar und verhältnismäßig ansehen. Da unterscheiden wir uns leider.

Bei der SPD ist es eigentlich genau das Gleiche. Viele Forderungen haben wir gemeinsam über Monate hinweg erhoben. Auch die bayerische Teststrategie, die Sie, Frau Waldmann, nun mit den Massentests nicht mehr konsequent verfolgt sehen, haben wir gemeinsam gefordert. Das gilt auch für die Unterstützung der Krankenhäuser und der ÖGDs. Kultur und Sport brauchen eine Perspektive, die Wirtschaft muss entschädigt, Insolvenzen müssen verhindert werden. In diesen Forderungen treffen wir aufeinander und haben alle den gleichen Weg, ob Grün oder Rot. Aber auch Sie sehen in Ihrem Antrag die Verhältnismäßigkeit und die Zweckmäßigkeit gewahrt. Da sind wir leider anderer Meinung. Deshalb werden wir uns bei den Anträgen der GRÜNEN und der SPD enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Spitzer, bleiben Sie noch am Rednerpult. Es hat sich noch Frau Kollegin Högl von der CSU-Fraktion zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Frau Högl, bitte schön.

Petra Högl (CSU): Herr Kollege Spitzer, Sie haben gesagt, Sie wollen mehr darüber wissen, wie man die Masken richtig trägt. Haben Sie denn schon einmal auf der Homepage des Gesundheitsministeriums nachgeschaut, bei dem Faktencheck, was da zum Thema Masken steht? – Da können Sie nämlich sehr gut nachsehen, wie man Masken trägt, wie lange man Masken trägt, welche Maske welche Wirkung hat. Haben Sie das schon einmal angeschaut?

(Beifall bei der CSU)

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Kollegin, genau das zeigt doch das Defizit auf. Ich habe nicht auf diese Seite geschaut,

(Unruhe bei der CSU)

wie vermutlich 11 oder 12 Millionen andere Bayern, die über dieses falsche Medium nicht informiert werden können.

(Zuruf von der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Spitzer, Sie haben noch 40 Sekunden Redezeit. Sie können Ihre Rede aber auch gerne beenden.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Ich denke, es ist alles gesagt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als wir vor vier Wochen an gleicher Stelle und in gleicher Runde den Lockdown light miteinander beraten und mehrheitlich auf den Weg gebracht haben, da saßen wir angesichts eines sich exponentiell entwickelnden Infektionsgeschehens sinnbildlich gesprochen auf der Rücksitzbank eines Fahrzeugs, das immer und immer schneller wurde und sich geradewegs auf eine Wand zubewegte. Wir haben uns deshalb mehrheitlich dazu entschlossen, die Sitzposition zu wechseln, umzusteigen von der Rücksitzbank auf den Fahrersitz, um die Kontrolle über dieses Fahrzeug zurückzugewinnen und einen Bremsvorgang einzuleiten. Wir haben keine Vollbremsung, kein unkontrolliertes Bremsen auf die Gefahr hin durchgeführt, das Fahrzeug aus der Spur, unser Land aus der Bahn zu werfen. Wir haben stattdessen eine kontrollierte, eine effektive, eine zielgerichtete Bremsaktion durchgeführt.

Nach der Ministerpräsidentenkonferenz vom zurückliegenden Mittwoch, der gestrigen Befassung des bayerischen Kabinetts und mit der heutigen Sondersitzung des Bayerischen Landtags ist jetzt die Stunde der Bestandsaufnahme gekommen. Es gilt gleichsam zu evaluieren, ob die Dosis gereicht hat, ob das Fahrzeug unter Kontrolle ist oder ob weitere Maßnahmen notwendig sind. Es gibt an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, durchaus good News: Ja, es ist uns gelungen, ein sich exponentiell entwickelndes Infektionsgeschehen in eine Seitwärtsbewegung umzumünzen, gewissermaßen ein Plateau der Infektionsentwicklung zu erreichen. Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir stehen eben gerade nicht bei den 90.000 Neuinfektionen pro Tag, die uns die Präsidentinnen und Präsidenten der sechs großen deutschen Forschungseinrichtungen prognostiziert hatten, hätten wir eben nicht diesen Lockdown light auf den Weg gebracht. Unsere Maßnahmen sind also wirksam.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotzdem gilt es festzuhalten, dass der Abstand des Fahrzeugs zur Wand und auch die Geschwindigkeit des Fahrzeugs, um in diesem Bild zu bleiben, konstant geblieben sind, wir also trotzdem auf eine Wand zurasen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, alleine im Zeitverlauf der letzten 24 Stunden haben wir weit über 400 Menschen in Deutschland an das Coronavirus verloren. Ich wundere mich deshalb immer über all diejenigen, die jetzt der Meinung sind, wir könnten aufhören, wir müssten nicht über tiefergehendere, weitergehende verlängerte Maßnahmen nachdenken. Ich finde, hier ist das Bild des Herrn Ministerpräsidenten mehr als geeignet. Er sagt, 400 Menschen binnen 24 Stunden, das verhält sich gerade so, Kolleginnen und Kollegen, als würden jeden Tag zwei voll besetzte Verkehrsmaschinen über Deutschland abstürzen.Ich glaube, dass es keine Politikerin, dass es keinen Politiker in diesem Land gibt, der dann der Meinung wäre, den Luftverkehr weiter ohne Eingriffe nach dem Motto fortlaufen zu lassen: Das ist doch nicht unsere Verantwortung; das ist doch alles kein Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Nein, wir müssen angesichts von mehr als 400 verstorbenen Menschen pro Tag den Lockdown selbstredend verlängern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht wünschenswert, aber das ist an dieser Stelle unausweichlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Lockdown aber nicht nur verlängern; nein, wir müssen ihn leider – auch das ist nicht wünschenswert, aber unausweichlich – in seinen Maßnahmen vertiefen; denn wenn weiterhin 400 Menschen pro Tag an COVID-19 versterben, dann würde das alleine bis Weihnachten bedeuten, dass eine Menge Menschen, die die gesamte Münchner Olympiahalle füllen würde, dieses Fest nicht mehr erleben würden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das kann niemand akzeptieren, der politische Verantwortung für unser Land und für die Menschen trägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, Corona ist jetzt besser unter Kontrolle als vor vier Wochen, aber nein, wir haben Corona nicht aus der Welt geschafft. Corona ist noch da. Wir haben Corona auch noch nicht im Griff. Wir müssen deshalb weiter entschlossen handeln.

Wir sind deshalb als FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion froh darüber, dass es gelungen ist, Herr Ministerpräsident, in Berlin sozusagen die Quadratur des Kreises auf den Weg zu bringen, einen Konsens über einen Dezember-Fahrplan gemeinschaftlich auf den Weg zu bringen – über die Grenzen aller deutschen Länder hinweg, über die Grenzen des gesamten demokratischen Parteienspektrums hinweg.

In diesem Maßnahmenkatalog, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht sehr vieles, was vielleicht auf der Hand liegt, was niemanden, der sich ernstlich mit der Pandemiebewältigung befasst, wirklich aus der Bahn werfen kann, was eigentlich jeder unterstützen muss, beispielsweise die weitere Reduzierung der Kontakte. Es ist ganz klar: Wenn wir uns mit den Infektionszahlen auf einem Plateau befinden, aber davon herunterkommen wollen, müssen wir die Kontakte weiter reduzieren, nämlich von zehn Kontakten wie bisher auf fünf Kontakte in der Zukunft. Das wird niemand ernstlich in Frage stellen wollen.

Es wird auch niemand ernstlich in Frage stellen wollen, dass die Maske in Ermangelung eines Impfstoffes, in Ermangelung eines Medikamentes zunächst unser einziges

Mittel gegen diese Pandemie ist und dass wir deshalb, um von dem Plateau herunterzukommen, um das Infektionsgeschehen weiter einzudämmen, darauf angewiesen sind, im öffentlichen Raum den Schutz mittels Masken noch einmal zu verstärken.

Das alles sind Maßnahmen, die niemand ernstlich überrascht haben; das alles sind Maßnahmen, die mehr oder weniger auf der Hand liegen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In der Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz, die heute auch Gegenstand des Dringlichkeitsantrags der beiden Regierungsfraktionen ist, stehen auch einige Dinge, die ausdrücklich auf das Wohlwollen unserer Regierungsfraktion treffen; erfreulicherweise gilt das sogar für die überwiegende Mehrheit der aus Berlin kommenden und gestern vom bayerischen Kabinett vorgeschlagenen Beschlüsse. Dies gilt beispielsweise – das habe ich in der Zwischenbemerkung schon angedeutet – für all die Maßgaben für den Kultusbereich, weil das, was dort beschlossen worden ist, unsere bayerische Regierungserfahrung trifft, dem Grunde nach das ausmacht, was wir für Bayern bereits vorgeschlagen hatten: Die Schulen bleiben offen; die bayerische Ferienregelung wird zur Maßgabe für die gesamte Bundesrepublik; wir kommen weg von der 14-tägigen Quarantäne hin zu einer Verkürzung durch ein Freitesten nach fünf Tagen. Was Kultusminister Michael Piazolo und Ministerpräsident Markus Söder als Marschrichtung mit nach Berlin genommen haben, ist heute eins zu eins zur Beschlussfassung nach München zurückgekommen und findet das ausdrückliche Wohlwollen unserer Regierungsfraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleiches gilt für die bayerische Hotspot-Strategie. Sie wird dem Credo unserer Regierungsfraktion gerecht, so wenige Einschränkungen wie möglich, aber so viele wie nötig auf den Weg zu bringen und nicht wie mit der Gießkanne in der Bundesrepublik überall die gleichen Maßnahmen auf den Weg zu bringen, sondern dort stärker hinzulangen, wo es mehr nottut, und es anderswo etwas lockerer lassen zu können, näm-

lich dort, wo die Zahlen besser sind, hierfür aber ein bundesweit einheitliches Regularium zu haben. Das war Linie unserer Regierungsfraktion, seit diese Pandemie begonnen hat, und das wurde jetzt allgemeingültig in der Ministerpräsidentenkonferenz so vorgeschlagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns darüber, dass die Beschränkungen im Einzelhandel deutlich geringer ausgefallen sind, als zunächst einmal in Rede stand. Wir freuen uns, dass die aus unserer Sicht unsinnige Ein-Kind-Regel nicht Realität geworden ist, dass Kinder unter 14 von der Verschärfung der Kontaktbeschränkungen ausgenommen worden sind. Wir freuen uns aber auch über die Regelungen für die Weihnachtszeit, die den Menschen in Bayern ein würdevolles Fest ermöglichen. Vor allen Dingen – da schließe ich an den Herrn Ministerpräsidenten an –, liebe Kolleginnen und Kollegen, freut uns die Bereitschaft des Bundes zur Verlängerung der Wirtschaftshilfen. Nach meinem Verständnis ist das ein Punkt, der in der Detaildiskussion um all die Regelungen untergeht. Was hier mit Milliarden von Euro geleistet wird, ist beispielhaft; das gibt es nirgends, auch dort nicht, wo wesentlich härtere Regeln gelten als bei uns in Bayern und in Deutschland. Auch dahinter stehen wir als die Gruppierung, die den bayerischen Wirtschaftsminister stellt, ausdrücklich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Neben diesen Maßnahmen, die auf der Hand lagen, und den Maßnahmen, die wir ausdrücklich begrüßen – da mache ich, Kollege Spitzer, aus meinem Herzen keine Mördergrube –, stehen im MPK-Beschluss natürlich auch ein paar Maßnahmen, bei denen die Sektkorken bei der Gruppierung, die den Wirtschaftsminister in Bayern stellt, nicht geknallt haben. Selbstverständlich sind wir nicht froh darüber, dass es derzeit noch immer keine verlässliche Perspektive für die Gastronomie geben kann. Selbstverständlich sind wir nicht glücklich darüber, dass es um den Wintertourismus zunächst einmal bis Weihnachten noch mehr oder weniger unbestimmt steht – ohne jede Frage. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch aus Berlin ist nicht übermittelt,

Herr Ministerpräsident, dass dazu die Sektkorken geknallt hätten, ganz im Gegenteil: In Berlin war man der Meinung – auch wir in München sind dieser Meinung –, dass es zunächst einmal nötig ist, diese Maßnahmen bis Weihnachten aufrechtzuerhalten, aber doch nicht, um zuzumachen, sondern mit der klaren Perspektive, im neuen Jahr wieder mit Zuversicht aufmachen zu können.

Kolleginnen und Kollegen, heute geht es auch insbesondere um die Homogenität und nicht um das Durchsetzen der letzten Einzelmaßnahmen; denn am Ende des Tages hängen wir bei der Bewältigung dieser Pandemie – das habe ich vor dem Landtag schon häufiger so gesagt – nach meiner festen Überzeugung nicht davon ab, ob wir besonders kluge politische Entscheidungen treffen, sondern insbesondere davon, ob es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen, sie zum Mitmachen zu animieren, sich an unsere Regeln zu halten. Dafür braucht es einheitliche Regeln in der gesamten Bundesrepublik. Deshalb muss die Homogenität Vorfahrt vor dem letzten Durchsetzen im Detail haben. Deshalb kann es auch kein Ausscheren aus den Berliner Beschlüssen geben, weshalb wir die Oppositionsanträge ablehnen und uns seitens der Regierungsfraktion eineindeutig hinter das stellen, was in Berlin verhandelt und gestern in München beschlossen wurde, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich darf abschließend noch einmal appellieren: an uns alle, aber insbesondere an die Menschen in Bayern, noch einmal Luft zu holen, als Team Bayern den Rücken sprichwörtlich durchzustrecken und diese Zeit gemeinsam durchzustehen; denn Gott sei Dank ist es jetzt anders als im März. Jetzt gibt es Licht am Ende des Tunnels. Jetzt befinden sich Impfstoffe in der Pipeline. Wir sollten nicht das, was wir uns gemeinsam erarbeitet haben, auf den letzten Metern verspielen, auch nicht in der Weihnachtszeit, in der die Regeln etwas lockerer sind. Nein, es gilt jetzt – noch einmal mit Markus Söder gesprochen –, die Umsicht und die Vorsicht hochzuhalten. Ich glaube aber, wir dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen – das darf ich seitens unserer Regierungsfraktion ergänzen – den Doppelpass aus Umsicht und Vorsicht durchaus auch um die Zu-

versicht ergänzen. Wenn das für die nächsten Wochen zur Bayerngleichung wird – die Umsicht und die Vorsicht plus die Zuversicht –, dann sind wir nach fester Überzeugung der FREIEN WÄHLER bestens aufgestellt, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): – um auch diese Krise zusammen mit den Menschen in Bayern bestmöglich zu meistern. Deshalb bitten wir heute um Ihre Zustimmung zu unseren Dringlichkeitsanträgen. – Herzlichen Dank dafür und fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Sie haben noch zusätzlich drei Minuten bekommen. Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Die erste ist vom Kollegen Vizepräsidenten Markus Rinderspacher von der SPD.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Als ich vorging, sagte er, er wolle nach Hause. Ausgerechnet!

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Dr. Mehring, mehre Vertreterinnen und Vertreter der Opposition haben heute die Corona-Teststrategie der Bayerischen Staatsregierung kritisiert, und sie sind damit nicht alleine. Die Generalsekretärin der FREIEN WÄHLER und Mitglied Ihrer Fraktion, Frau Kollegin Susann Enders, hat vor einigen Wochen die Corona-Teststrategie ebenfalls intensiv kritisiert, und zwar mit den gleichen Argumenten, die heute hier vorgetragen wurden.

Sie sprechen von Homogenität. Könnten Sie mir in diesem Sinne vielleicht noch mal die Kritik der FREIEN WÄHLER an der Teststrategie der Bayerischen Staatsregierung näher erläutern und uns im Plenum vielleicht auch das Gegenkonzept der FREIEN WÄHLER darstellen?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, bei dieser Pandemie, einer noch nie da gewesenen Krisenlage, handelt es sich um ein mehr als dynamisches Ereignis, nicht nur hinsichtlich der infektionellen Ausbreitung, sondern auch hinsichtlich der politischen Bewerkstelligung der Aufgaben.

(Lachen)

Selbstverständlich ist es korrekt, dass wir deshalb auch die Instrumente – das meine ich sehr ernst, auch wenn dies für Erheiterung sorgt – zur Bewältigung dieser Pandemie dauerhaft auf den Prüfstand stellen müssen, dass wir sie dauerhaft anpassen müssen und dass wir natürlich auch darüber sprechen müssen, wenn Reagenzien zu Ende gehen, wenn Personalkapazitäten an die Grenzen geraten, wen wir zu welchem Zeitpunkt testen. Wir müssen auch darüber reden, welcher Test welche Güte hat. Wenn manche Tests vielleicht nur 45 bis 60 % Zielgenauigkeit haben, sind sie für Altenheime wohl eher nicht geeignet. Genau das meinen wir, wenn wir vorschlagen, unsere Instrumente dauerhaft anzupassen. Ich sage aber ausdrücklich – auch das kann für Erheiterung sorgen, aber dahinter stehe ich –, dass ich die Strategie der Bayerischen Staatsregierung "testen, testen und testen" für richtig gehalten habe.Lieber Florian Streibl, das stand schon um die Osterzeit in unserem Strategiepapier. Ich bin sicher,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): es hat Menschenleben in Bayern gerettet.

(Beifall – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Maier von der AfD-Fraktion gemeldet. Herr Maier, bitte.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Dr. Mehring, Sie haben Anfang Oktober hier am selben Ort in einem Dringlichkeitsantrag davon gesprochen, dass die Staatsregierung einen Runden Tisch zur Corona-Strategie einrichten möchte. Jetzt haben Sie heute wieder mit großen Worten die Staatsregierung für ihre Arbeit gelobt. Mich würde jetzt interessieren, wie denn die Arbeit des Runden Tisches der Staatsregierung verläuft. Sitzen Sie mit an dem Tisch, und wer nimmt da alles teil?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zunächst darf ich Sie in Ihrer Einschätzung bestätigen, dass das Lob der Staatsregierung völlig zu Recht erfolgt ist, Herr Kollege Maier. Darüber hinaus kann ich gleich zwei Antworten auf die Frage nach dem Runden Tisch geben. Ein Runder Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft hat bereits auf Einladung der FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion stattgefunden. Florian Streibl hat dazu eingeladen. Hätten Sie aufgepasst, hätten Sie mitbekommen, dass ich davon in der Aktuellen Stunde am vergangenen Mittwoch intensiv berichtet habe – gerade mit der Idee, unsere Beschlussfassung in einen breiteren gesellschaftlichen Konsens zu stellen. Ich hatte am Mittwoch dafür geworben, uns das auch im Hinblick auf die öffentliche Meinungsbildung gangbar zu machen.

Hinsichtlich des von der Staatsregierung einzuberufenden Runden Tisches ist nach meinem Kenntnisstand derzeit bereits die Benennung in Arbeit.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

– Das wird am Donnerstag das erste Mal stattfinden, ruft mir der Herr Ministerpräsident zu. Herr Maier, seien Sie sich sicher, dass wir den Weg wie vorgeschlagen gehen. Ich nehme erstmalig mit Freude zur Kenntnis, dass offensichtlich dann sogar Sie dahinterstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Mehring. Die Zwischenbemerkung ist zurückgezogen worden. Sie können sich an Ihren Platz zurückbegeben. Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Marcel Huber von der CSU-Fraktion. Herr Huber, Sie haben noch 4 Minuten und 4 Sekunden. Bitte schön.

Dr. Marcel Huber (CSU): Ich weiß, dass ich nicht viel Zeit habe, und will mich auf das Wesentliche beschränken. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zwei Jahrzehnte meines Lebens mit Seuchenbekämpfung verbracht, allerdings im Tierreich. Ich habe einige Seuchenzüge begleitet und kann Ihnen sagen, dass es in der Seuchenbekämpfung eine für alle geltende Grundregel gibt: Infektketten unterbrechen! Das ist das zentrale Thema.

Wenn man dies extrem vollzieht, ist es relativ einfach: zu Hause bleiben, keinen Kontakt mit anderen pflegen – damit unterbricht man sicher die Infektkette. So einfach ist es bloß nicht. Jetzt sind wir in der dummen Situation, dass es zwischen dem völligen Stillstand und der völligen Öffnung, wie wir es in Schweden beobachtet haben, eine große Differenz gibt. Wirtschaft, Handel, Kultur, Musik, Gesellschaft, Soziales, Bildung, Hochschule – all das soll nicht total auf null zurückgefahren werden. Wir müssen einen ganz schwierigen Balanceakt vollbringen, um auf der einen Seite die Infektkette wirksam zu unterbrechen und auf der anderen Seite sicherzustellen, dass das öffentliche Leben, die Wirtschaft und vieles, was unser Leben ausmacht, nicht kaputtgehen.

Noch schwieriger wird es dadurch, dass es für eine Corona-Erkrankung keine Blaupause und kein Handbuch gibt, in dem man nachschauen könnte, wie man es machen soll, damit es funktioniert. Noch etwas kommt hinzu: Zwischen Maßnahme und Effekt der Maßnahme liegen manchmal mehrere Wochen. Man kann nicht einfach heute irgendetwas machen und sehen, dass es funktioniert. Man muss es ausprobieren, und in drei Wochen kann man sagen, ob es funktioniert hat oder nicht. In diesem Sinne haben wir heute einige Redebeiträge gehört, bei denen wir eigentlich jemanden gebraucht hätten, der genau hätte sagen können, wie die Bevölkerung die Maßnahmen

annehmen wird, wie sie umgesetzt und befolgt werden und was daraus in drei Wochen tatsächlich resultieren wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass dieser Diskurs über den Spagat zwischen Einschränkung und Freiheiten noch lange weitergehen wird. Wir können uns über Impf- und Teststrategien noch lange unterhalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir können uns über die Verharmlosung der Krankheit und postulierte Dinge lange unterhalten. Ich bin heute wirklich darüber gestolpert, dass angeblich Kinder mit blauen Lippen am Straßenrand herumstehen. Aber was wir jetzt tatsächlich brauchen, um die Situation zu meistern, ist Solidarität. Wir brauchen Solidarität zwischen denen, die vermeintlich jung, stark und unverwundbar sind, und denen, die zur Risikogruppe gehören. Wir brauchen Solidarität zwischen den Wissenschaftlern, den politischen Entscheidern, denen, die die Entscheidungen umsetzen, und den Bürgern. Wir brauchen dezidiert nicht das Gift des Zweifels. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Nachfragen, informieren und andere Meinungen einholen – das ist okay. Aber Misstrauen und Verunsicherung zu säen, ist etwas, was uns zurzeit insgesamt hindert, unser Ziel zu erreichen.

Ich möchte mit einem kurzen, zweihundert Jahre alten Zitat schließen. Wir haben heute schon so viel von Freiheit gehört, und Matthias Claudius hat gesagt: "Die Freiheit besteht darin, dass man alles tun kann, was einem anderen nicht schadet." Liebe Kolleginnen und Kollegen, also Masken auf und Kontakte minimieren! Vielleicht ist das der Weg zu einem schönen gemeinsamen Weihnachts- und Neujahrsfest und unser Beitrag dazu, dass manche Menschen es auch erleben können.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Huber, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Dominik Spitzer von der FDP. Herr Dr. Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Kollege Dr. Huber, Sie sprachen von Infektionskettenunterbrechung. Sinnvoll ist es doch auch, Dunkelziffern aufzudecken. Da würde sich doch das Instrument des Massentests anhand von Antigen-Schnelltests gerade in Hotspots bewähren können, bzw. man könnte dieses als sinnvoll erachten. Wie sehen Sie das?

Dr. Marcel Huber (CSU): Geschätzter Kollege, von Tierarzt zu Humanmediziner: Da sind wir nicht weit auseinander. Darüber müssen wir im Gesundheitsausschuss einmal sprechen. Aber eine Ihrer Aussagen heute bei der Vorstellung Ihres Antrags bringt mich dazu, Ihr Antragspaket doch nicht für unterstützenswert zu halten. Wenn jemand sagt, der Rückgang der Zahlen sei allein der Umsicht der Bürger geschuldet und nicht staatlichen Maßnahmen, dann zeigt das, dass wir an dieser Stelle noch weit auseinander sind. Bei den Tests an Hotspots können wir zusammenfinden, glaube ich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/11613 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/11614 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD. – Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/11615 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! Das sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/11616 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/11617 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen alles Gute und ein schönes Wochenende. Bleiben Sie gesund, und lassen Sie sich nicht anstecken, weder vom Virus noch von schlechten Gedanken!

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:52 Uhr)